

Seite: 5
 Ressort: Aus dem Maximilianeum

Gattung: Wochenzeitung
 Auflage: 17.996 (gedruckt) 16.132 (verkauft)
 17.056 (verbreitet)

Alles hängt an der Bleibeperspektive

In der Debatte um den Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur besseren Integration von Zuwanderern aus dem Ausland in Bayern wurden trotz der Einigung auf zahlreiche Handlungsempfehlungen noch einmal die unterschiedlichen Positionen von CSU und weiten Teilen der Opposition deutlich. So bedauerte der Vorsitzende des Gremiums, Arif Tasdelen (SPD), den „mangelnden Kompromisswillen“ der CSU. Diese habe oft ideologisch geprägt argumentiert und unter Verweis auf bestehende Maßnahmen weiteren Handlungsbedarf abgelehnt. Dabei hätten gerade ehrenamtliche Helfer und Experten aus der Praxis immer wieder ein stärkeres Engagement des Freistaats gefordert. Tasdelen sah in den beschlossenen Empfehlungen einen klaren Arbeitsauftrag für die Staatsregierung. Vor allem brauche es ein überarbeitetes Integrationsgesetz, das nicht spalte, sondern die Menschen zusammenführe.

CSU findet: Die Integration läuft super in Bayern

Sein Stellvertreter Thomas Huber (CSU) betonte dagegen, Bayern könne „auf Jahrzehnte der gelungenen Integration“ zurückblicken. Auf diesen Erfahrungen könne die Eingliederung der zuletzt im Zuge der großen Flüchtlingswelle nach

Bayern gekommenen Menschen aufbauen. Dabei müsse der Fokus auf diejenigen gelegt werden, für die es eine längerfristige Bleibeperspektive gebe. Huber verteidigte den Grundsatz des „Förderns und Forderns“, der Integrationsverweigerer mit Sanktionen belege, und die Durchsetzung einer Leitkultur als Basis für Integration und ein friedliches Miteinander. „Leitkultur ist die Anwendung von geltendem Recht plus Werte, Tradition und Brauchtumswahrung“, sagte Huber. Um Integration zu ermöglichen, müsse die Zuwanderung auch begrenzt werden.

Die Grüne Christine Kamm warf der Staatsregierung vor, die Hauptlast der Integration auf Kommunen und ehrenamtliche Helfer abzuwälzen. Diese bräuchten mehr staatliche Unterstützung. Zudem lehnte sie eine Beschränkung der Integrationshilfen auf Personen mit längerer Bleibeperspektive ab. Sprachkurse und Eingliederungshilfen in den Arbeitsmarkt bräuchten alle Zuwanderer, zumal viele aus verschiedenen Gründen eine längere Duldung erhielten. Diese auszuschließen, beschwöre soziale Konflikte herauf, warnte Kamm. Integration sei eine „Querschnittsaufgabe der Politik“. Kamm bedauerte deshalb die weitge-

hend leeren Plätze auf Seiten der CSU und der Regierungsbank während der Debatte. Ihren Antrag auf eine Herbeizitierung von Regierungsmitgliedern aus allen Ministerien konnte die CSU erst per Hammelsprung abwehren. Der Bericht darf nicht zur Bettlektüre verkommen

Hans Jürgen Fahn (Freie Wähler) erklärte, in Bayern gebe es bei der Integration noch viel zu tun. Es brauche ideologiefreie wie pragmatische Lösungsansätze und Planungssicherheit sowohl für die betroffenen Migranten als auch für die aufnehmende Gesellschaft und die nach Arbeitskräften suchende Wirtschaft. Mit dem Beschwören einer nicht näher definierten Leitkultur sei es nicht getan. Dass die CSU auf diesem „politischen Kampfbegriff“ bestanden habe, der von einer Mehrheit der Experten und beratenden Verbände abgelehnt worden sei, habe die Arbeit in der Kommission erschwert, klagte Fahn. Auch er forderte die rasche Umsetzung der Empfehlungen. Der Abschlussbericht dürfe nicht „zur Bettlektüre verkommen“. > Jürgen Umlauf

Abbildung:

Die CSU macht die Gewährung von Intensiv-Sprachkursen und Eingliederungshilfen in den Arbeitsmarkt von einer guten Bleibeperspektive abhängig. foto dpa /

Wörter:

448

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Verlag Bayerische Staatszeitung, München